

Stand der Hauptausschusssitzung vom 03.05.2021 als Diskussionsgrundlage für die Ortsbeiräte und Ausschüsse

Entwurf der Satzung zur Beteiligung der Einwohner der Gemeinde Am Mellensee (Einwohnerbeteiligungssatzung)

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee hat auf Grundlage § 28 Abs. 1 Ziffer 2 der der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, Nr. 19, S.286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I/20, Nr. 38, S. 2), und § 3 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021 hat in ihrer Sitzung am **20.04.2021** folgende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Gemeinde (Einwohnerbeteiligungssatzung – EbetS) beschlossen:

I. Einwohnerbeteiligung

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Für die in der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021, aufgeführten Formen der Einwohnerbeteiligung werden nachfolgend die Einzelheiten bestimmt.
- (2) Die Regelungen zum Einwohnerantrag (§ 14 BbgKVerf) sowie zum Bürgerbegehren/ Bürgerentscheid (§ 15 BbgKVerf) bleiben hiervon unberührt.

§ 2 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner

(§ 4 der Hauptsatzung)

- (1) Die Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner*innen dienen deren Meinungsbildung und der Willensbildung.
- (2) Die Beschränkung der Unterrichtung oder der Beteiligung auf Teile der Einwohnerschaft ist statthaft.
- (3) Die Unterrichtung der Einwohner*innen ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

§ 3 Einwohnerfragestunde

(§ 4 Abs. 1 Nr. 1 der Hauptsatzung)

- (1) In den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse sind alle Einwohner*innen berechtigt, Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderer Angelegenheiten der Gemeinde an die/den Bürgermeister*in und/oder die / den Vorsitzende(n) zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die / Der Vorsitzende hat das Recht, bei Bedarf Auskunft über die Identität der fragenden Person einzufordern.
- (2) Ausgeschlossen von Abs. 1 sind juristische Personen.

(3) Die Dauer der Einwohnerfragestunde beträgt 30 Minuten. Jeder Einwohner hat das Recht, sich zu drei Themen zu Wort zu melden. Die Redezeit soll drei Minuten nicht überschreiten.

(4) Die Fragen sind mündlich oder schriftlich zu beantworten. Zuständig für die Beantwortung ist die/der Bürgermeister*in oder die/der Vorsitzende der Gemeindevertretung bzw. des jeweiligen Ausschusses.

§ 4 Einwohnerversammlung

(§ 4 Abs. 1 Nr. 2 der Hauptsatzung)

(1) Wichtige Angelegenheiten der Gemeinde sind mit deren Einwohner*innen zu erörtern. Die Entscheidung, welche Angelegenheiten i.S. des ersten Satzes wichtig sind, obliegt der Gemeindevertretung.

(2) Die/Der Bürgermeister*in beruft unter Angabe der Tagesordnung die Einwohnerversammlung ein. Über die Modalitäten (Terminwahl, Ort usw.) werden die Gemeindevertreter*innen im Vorab durch die/den Bürgermeister*in informiert.

(3) Die Einwohnerversammlung kann regional auf bestimmte Einwohner*innen begrenzt werden.

(4) Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Gemeindevertretung.

(5) Die/Der Bürgermeister*in, ihr(e)/sein(e) Stellvertreter*in oder der beauftragte Teamleiter*in leiten die Einwohnerversammlung.

(6) Alle Einwohner*innen haben in der Einwohnerversammlung Rederecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist von der/dem Sitzungsleiter*in zu unterzeichnen und der/dem Bürgermeister*in und den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.

(7) Die Einberufung einer Einwohnerversammlung auf Antrag ist statthaft. Es muss ein hinreichend bestimmter Antrag vorgelegt werden, wobei mindestens fünf vom Hundert der Einwohner*innen auf Unterschriftenlisten den Antrag so einbringen.

§ 5 Einwohnerbefragung

(§ 4 Abs. 1 Nr. 3 der Hauptsatzung)

(1) Die Gemeindevertretung kann in wichtigen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eine Befragung der Einwohner*innen des gesamten Gemeindegebietes oder einzelner Orts- bzw. Gemeindeteile beschließen.

(2) Teilnahmeberechtigt sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, alle Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee, die am Befragungstag oder am letzten Tag des Befragungszeitraumes das 18. Lebensjahr vollendet haben.

(3) Die Fragen sind so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Zulässig ist auch die Auswahl zwischen unterschiedlichen vorzuziehenden Varianten.

Kommentiert [R1GAM1]: Bitte
Formulierungsvorschlag für diesen Halbsatz:
-Was bzw. von was sind **5 % von Hundert**
-**Unterschrift** von wem
z.B. betroffenen Einwohner;
von den Einwohnern dessen Belange es
betrifft;
Formulierung aus der Hauptsatzung: betroffene
Einwohner
-Wer führt diese, Inhalt

(4) Die konkrete Fragestellung, Zeit und Ort sowie das nähere Verfahren der Befragung werden durch die Gemeindevertretung jeweils durch gesonderten Beschluss (Durchführungsbeschluss) bestimmt und in der in § 13 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 20.04.2021 bestimmten Form öffentlich bekannt gemacht. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes und der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung in der jeweils aktuellen Fassung entsprechend, soweit nicht diese Satzung oder der Durchführungsbeschluss ausdrücklich abweichende Regelungen festlegen.

(5) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt der/dem Wahlleiter*in der Gemeinde Am Mellensee.

§ 6 Einwohnerunterrichtung

(1) Die/Der Bürgermeister*in unterrichtet die Einwohner*innen der Gemeinde Am Mellensee im Rahmen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung, unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde.

(2) Jedermann hat das Recht, den schriftlichen Wortlaut der Drucksachen für die in der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses sowie der Fachausschüsse zu behandelnden Tagesordnungspunkte während der regulären Öffnungszeiten im Verwaltungsgebäude der Gemeinde Am Mellensee, Zossener Straße 21c (Ortsteil Klausdorf) vom Tag der öffentlichen Bekanntmachung der Tagesordnung bis zum Tag der betreffenden Sitzung einzusehen.

§ 7 Petitionen

(§ 16 BbgKVerf)

(1) Jede/Jeder Einwohner*in hat das Recht sich in Angelegenheiten der Gemeinde mit Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden einzeln oder gemeinschaftlich an die Gemeindevertretung oder die/den Bürgermeister*in zu wenden. Die/Der Einreicher*in ist innerhalb von vier Wochen über die Stellungnahme zu den Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden zu unterrichten. Ist dies nicht möglich, erhält sie/er einen Zwischenbescheid.

(2) Petitionen an die Gemeindevertretung sind an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu richten. Der Vorsitzende unterrichtet die/den Bürgermeister*in über die eingegangene Petition. Liegt die inhaltliche Zuständigkeit bei der/dem Bürgermeister*in, hat die/der Vorsitzende ihr/ihm die Petition unverzüglich zur weiteren Bearbeitung zuzuleiten.

Liegt die inhaltliche Zuständigkeit bei der Gemeindevertretung, bereitet der Hauptausschuss den Entscheidungsvorschlag für die Gemeindevertretung vor.

(3) An die/den Bürgermeister*in gerichtete Petitionen werden von der/dem Bürgermeister*in bearbeitet. Sie/Er informiert die Gemeindevertretung in geeigneter Weise über den Eingang von Petitionen und veranlasst deren Bearbeitung. Die/Der Bürgermeister*in gibt der Gemeindevertretung die ergangenen Bescheide zur Kenntnis.

II. Kinder- und Jugendbeteiligung

§ 8 Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee

Der Begriff „Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee“ umfasst alle Kinder und Jugendlichen, die Einwohner*innen der Gemeinde sind und/oder ihren schulischen oder anderweitigen Ausbildungsaufenthalt hauptsächlich in der Gemeinde haben und das 18 Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

§ 9 Mitwirkung von Kindern- und Jugendlichen

(§ 4 Abs. 2 der Hauptsatzung)

- (1) Die Kinder und Jugendlichen sind zu Beginn eines Vorhabens, welches die Belange von Kindern und Jugendlichen berührt, in die Planung und Durchführung auf altersgerechter Weise mit einzubeziehen. Die Transparenz von Vorhaben ist zu gewährleisten und die Beteiligung in geeigneter Weise zu vermerken.
- (2) Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erfolgt auf der Grundlage des Beteiligungskonzept gemäß § 10 Abs. 2. als Information, Dialog, Mitbestimmung oder Selbstorganisation.
- (3) Zulässige Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Gemeinde Am Mellensee sind:
 - a Erwachsenenzentrierte bzw. stellvertretende Formen
 - b Aushandlung und Alltagsbeteiligung
 - c Kinder- und Jugendvertretungen, Gremien und Versammlungsformen
 - d Projektorientierte Ansätze
 - e Digitale Beteiligungsformen.
- (4) Die Gemeinde entscheidet in Abstimmung mit der/dem Kinder- und Jugendbeauftragten und unter Berücksichtigung des Beteiligungskonzeptes, des betroffenen Personenkreises, des Beteiligungsgegenstandes und der mit der Beteiligung verfolgten Ziele, welche der geschaffenen Formen im Einzelfall zur Anwendung gelangt.
- (5) Bundes- und landesrechtliche Regelungen bleiben unberührt.

§ 10 Aufgaben der/des Kinder- und Jugendbeauftragten

(§ 5 der Hauptsatzung i.V.m. § 9 Abs. 3 Buchstabe a)

- (1) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte ist Ansprechpartner*in für die Belange der Kinder und Jugendlichen der Gemeinde. Sie/Er informiert und berät zu den Bedürfnissen junger Menschen und zu Fragen der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Anliegen, die nicht innerhalb der Entscheidungskompetenz der jeweiligen Kinder- und Jugendeinrichtungen, liegen, sind über den Kinder- und Jugendbeauftragten an die Gemeinde heranzutragen.
- (1)
- (2) Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen der Gemeinde erarbeitet sie/er ein kommunales, stetig der Evaluierung unterliegendes Beteiligungskonzept, setzt sich

für die Umsetzung ein und sorgt so dafür, dass Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Am Mellensee Verantwortung übernehmen können.

(3) Über sie/ihn werden die Belange der Kinder und Jugendlichen in der Gemeindevertretung präsent (§ 9 Abs.3 Buchstabe a), soweit das Beteiligungskonzept nichts anderes vorsieht.

(1) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte sorgt für mehr Transparenz und Verständnis der Entscheidungen der Gemeindevertretung bei den jungen Einwohner*innen. Unter ihrer/seiner Leitung soll daher mindestens pro Kalenderjahr eine Kinder- oder eine Jugend-Informationsversammlung durchgeführt werden, zu der die Kinder bzw. Jugendlichen der Gemeinde Am Mellensee in geeigneter Weise einzuladen sind.

(4) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte unterstützt den kontinuierlichen Kontakt der Gemeinde zur Kinder- und Jugendarbeit, zu den Vertreter*innen der Kinder- und Jugendarbeit und zu den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie/Er fördert die Zusammenarbeit von Personen, Gruppen und Initiativen, die für Kinder und Jugendliche tätig sind.

(5) Sie/Er entwickelt, fördert und unterstützt eine gut ausgebaute Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit und trägt zu notwendigen und sinnvollen Angeboten für Kinder und Jugendliche bei.

(6) Die/Der Kinder- und Jugendbeauftragte bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben des bei der Gemeinde eingerichteten Schulamtes.

§ 11 Inkrafttreten

Die vorstehende Einwohnerbeteiligungssatzung tritt am Tage nach der Bekanntgabe in Kraft, gleichzeitig tritt die Einwohnerbeteiligungssatzung vom 18.03.2009 außer Kraft.